

Arbeitsaufträge von der Leyens an die neue EU-Kommission – Teil 1

„Eine Wirtschaft im Dienste der Menschen“

				
Valdis Dombrovskis Europäische Volkspartei (EVP), Lettland	Paolo Gentiloni Progressive Allianz der Sozialdemokraten (S&D), Italien	Elisa Ferreira Progressive Allianz der Sozialdemokraten (S&D), Portugal	Nicolas Schmit Progressive Allianz der Sozialdemokraten (S&D), Luxemburg	Phil Hogan Europäische Volkspartei (EVP), Irland
Exekutiver Vizepräsident	Kommissar für Wirtschaft	Kommissarin für Kohäsion & Reformen	Kommissar für Arbeitsplätze	Kommissar für Handel
DG Finanzdienstleistungen (FISMA) Koordinierung aller Kommissare im Bereich Wirtschaft	DG Wirtschaft und Finanzen (ECFIN) DG Steuern und Zollunion (TAXUD)	DG Regionalpolitik (REGIO) DG Unterstützung von Strukturreformen (SRS)	DG Beschäftigung, Soziales und Integration (EMPL)	DG Handel (TRADE)

Am 16. Juli 2019 wurde Ursula von der Leyen vom Europäischen Parlament zur neuen Präsidentin der EU-Kommission gewählt. Am 10. September 2019 hat sie die Mitglieder ihrer Kommission für die kommende Legislaturperiode 2019–2024 vorgeschlagen, die Ende November vom Europäischen Parlament bestätigt werden sollen.

Dieser cepAdhoc bewertet die zentralen wirtschaftspolitischen Arbeitsaufträge von der Leyens an den exekutiven Vizepräsidenten vorgesehenen Dombrovskis sowie an die ihm zugeordneten Kommissare Gentiloni, Ferreira, Schmit und Hogan zu den Themen Finanzdienstleistungen, Wirtschafts- und Fiskalpolitik, Wirtschaft, Handel sowie Arbeit und Soziales.

Eine Wirtschaft im Dienste der Menschen

Am 16. Juli 2019 wurde Ursula von der Leyen vom Europäischen Parlament zur neuen Präsidentin der EU-Kommission gewählt. Am 10. September 2019 hat sie die Mitglieder ihrer Kommission für die kommende Legislaturperiode 2019–2024 vorgeschlagen. Die EU-Kommission soll Ende November vom Europäischen Parlament bestätigt werden und am 1. Dezember die Amtsgeschäfte aufnehmen.

Frans Timmermans (Niederlande), Margrethe Vestager (Dänemark) und Valdis Dombrovskis (Lettland) sollen in der neuen Kommission eine hervorgehobene Rolle erhalten. Sie sind jeweils exekutiver Vizepräsident und nehmen eine doppelte Aufgabe wahr: Zum einen sind sie jeweils für einen übergeordneten Themenbereich zuständig und koordinieren die Arbeit der dafür zuständigen Kommissare. Zum anderen sind sie gleichzeitig auch als Fachkommissar für einen eigenen Politikbereich zuständig und werden dabei von der jeweiligen Generaldirektion der Kommission unterstützt.

Neben den drei exekutiven Vizepräsidenten werden fünf weitere Mitglieder der Kommission Vizepräsidenten sein. Drei dieser fünf – Věra Jourová (Tschechien), Margaritis Schinas (Griechenland) und Josep Borrell (Spanien) – leiten ebenfalls einzelne Gruppen von Kommissaren.






Die EU-Kommission muss noch vom Europäischen Parlament bestätigt werden. Zunächst fanden dort Anhörungen der designierten Mitglieder statt. Ende November wird das Parlament über die Kandidaten abstimmen. Am 1. Dezember soll die gewählte Kommission die Amtsgeschäfte aufnehmen.

Das cep bewertet in vier cepAdhocs die zentralen Arbeitsaufträge von der Leyens. Dieser cepAdhoc befasst sich mit dem Themenbereich „Eine Wirtschaft im Dienste der Menschen“, für den Valdis Dombrovskis verantwortlich sein soll. Er ist allein zuständig für Finanzmarktfragen und koordiniert Teile der Arbeit der Kommissare Schmit, Gentiloni, Hogan und Ferreira.

Die Arbeitsaufträge der Kommissionspräsidentin






Finanzdienstleistungen	
Dombrovskis	Verhandlungen über eine Letztsicherung (Backstop) für den einheitlichen Bankenabwicklungsfonds (SRF) abschließen. Der Europäische Stabilitätsmechanismus (ESM) soll dem SRF bei Bedarf Kredite gewähren.
	cepBewertung: Die Letztsicherung lindert die Folgen der engen Verknüpfung zwischen Banken und Staaten, nicht aber deren Ursache. Die Euro-Staaten müssen ihr eigenes Insolvenzrisiko verringern, indem sie die Banken dazu verpflichten, Staatsanleihen mit Eigenkapital zu unterlegen (im Detail s. cepInput).
	Ein Europäisches Einlagensicherungssystem schaffen.
	cepBewertung: Theoretisch kann ein EU-Einlagensicherungssystem die Risikostreuung verbessern und die Robustheit der Einlagensicherung stärken. Dafür müssen aber Bedingungen erfüllt sein, die bisher von der Kommission abgelehnt wurden. So müssten die Beiträge der Banken an das Sicherungssystem risikobasiert sein, Staatsanleihen mit Eigenkapital unterlegt werden und eine nationale Verantwortung sichergestellt werden (s.auch cepInput , cepAnalyse und cepInput).

	Die Kapitalmarktunion beschleunigen, etwa Vereinfachung grenzüberschreitender Investitionen und bessere Aufsicht.
	cepBewertung: Eine Kapitalmarktunion, durch die Hemmnisse im grenzüberschreitenden Kapitalverkehr abgebaut werden, ist notwendig. Kapital sollte immer dorthin fließen können, wo es am effizientesten eingesetzt werden kann. Darüber hinaus könnte die Kapitalmarktfinanzierung die eingeschränkte Kreditvergabefähigkeit der Banken in Mitgliedstaaten mit einem angeschlagenen Bankensektor kompensieren.
	Eine grüne Finanzierungsstrategie entwickeln, die Investitionen in die klimaneutrale Wirtschaft lenkt und die nachhaltige Finanzindustrie wachsen lässt.
	cepBewertung: Das vorrangige Ziel der Finanzmarktregulierung ist die Sicherstellung der Finanzmarktstabilität. Die Regulierung muss daher immer risikobasiert sein und sollte nicht als Ersatz für eine Umwelt- oder Klimapolitik dienen. Den für die Finanzwirtschaft relevanten Klimarisiken kann mit dem bestehenden Regelwerk begegnet werden. Eine einheitliche EU-Definition (Taxonomie) von „Nachhaltigkeit“ sollte nicht verbindlich sein, da es von ihr kein allgemeingültiges Verständnis gibt (s. cepAnalyse).
	Eine FinTech-Strategie ausarbeiten, die neue digitale Technologien im Finanzsystem unterstützt.
	cepBewertung: Die Finanzmarktregulierung sollte die Finanzmarktstabilität und den Verbraucherschutz gewährleisten, aber dabei innovative Geschäftsmodelle nicht unnötig behindern. Anpassungen des Regulierungsrahmens können dabei durchaus notwendig sein. Sie sollten aber nicht wettbewerbsverzerrend sein (s. cepAnalyse).
	Die Rolle des Euro als „strategisches Gut“ der EU stärken. Der Euro soll weltweit stärker für Zahlungen, als Reservewährung und für die Begebung von Anleihen genutzt werden.
	cepBewertung: Die Instabilität des Euro-Raums, unterschiedliche politische Auffassungen über weitere Integrationschritte innerhalb des Euro-Raums, die geringe Kapitalmarktorientierung des Euro-Raums, die Fragmentierung der EU-Zahlungsmärkte und die mangelnde außenpolitische Durchschlagskraft der EU machen dieses Ziel vorerst unrealistisch.
	Eine gemeinsame Vorgehensweise mit den Mitgliedstaaten über Kryptowährungen erreichen, um deren Chancen und Risiken zu verstehen.
	cepBewertung: Kryptowährungen bergen neben Chancen u.a. auch Verbraucherschutz- und Geldwäscherisiken. Da Kryptowährungen nicht an nationalen Grenzen Halt machen, ist es sinnvoll, eine etwaige Regulierung auf EU-Ebene zu diskutieren.
Koordinierung der Wirtschafts- und Fiskalpolitiken	
Gentiloni Dombrovskis	Die Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen in das Europäische Semester integrieren .
	cepBewertung: Die Einbeziehung der Nachhaltigkeitsziele in das Europäische Semester ist der falsche Weg. Die ursprüngliche Aufgabe des Semesters, die Wirtschafts- und Fiskalpolitiken der Mitgliedstaaten im Interesse der Stabilität zu koordinieren, rückt mehr und mehr in den Hintergrund. Bereits heute müssen soziale Aspekte im Semester berücksichtigt werden. Zusätzliche Ziele erschweren die ohnehin schwierige Koordinierung weiter.

Ferreira Dombrovskis	Die Strukturreformen der Mitgliedstaaten unterstützen, u.a. durch Schaffung eines „Haushaltsinstruments für Konvergenz und Wettbewerbsfähigkeit“ im Euro-Raum.
	 cepBewertung: Strukturreformen sind insbesondere für den dauerhaften Zusammenhalt des Euro-Raums von herausragender Bedeutung. Das „Haushaltsinstrument“, mit dem Reformen finanziell belohnt werden, kann dazu beitragen. Es besteht jedoch die Gefahr, dass die Euro-Staaten für Reformen belohnt werden, die sie ohnehin durchgeführt hätten, oder aber Reformen unterlassen, solange sie nicht belohnt werden, etwa wenn die Gelder des Instruments erschöpft sind (s. cepAnalyse).
Gentiloni Dombrovskis	Den Stabilitäts- und Wachstumspakt anwenden, unter Ausnutzung der im Pakt vorgesehenen Flexibilität.
	 cepBewertung: In den vergangenen Jahren hat die Kommission die Regeln des Stabilitäts- und Wachstumspakts immer flexibler ausgelegt. Euro-Staaten wie Italien und Frankreich konnten so den eigentlich vorgeschriebenen Abbau der Schulden vermeiden. Aufgrund der flexiblen Auslegung beschränkt der Pakt den fiskalischen Handlungsspielraum der Mitgliedstaaten nicht. Im Gegenteil sind einfachere und weniger flexible Regeln dringend geboten.
	Die Widerstandsfähigkeit der Mitgliedstaaten gegen wirtschaftliche Schocks erhöhen , indem die öffentliche und private Verschuldung verringert wird.
	 cepBewertung: Insbesondere die hohe öffentliche Verschuldung einiger Euro-Staaten gefährdet die Stabilität des gesamten Euro-Raums. Sinken in diesen Staaten die Steuereinnahmen aufgrund eines Schocks, müssen jene umgehend ihre Ausgaben kürzen, um nicht insolvent zu werden. Dies vergrößert die Wirkung des Schocks. Aufgrund der engen Verflechtungen im Euro-Raum leiden darunter auch die anderen Euro-Staaten. Eine Verringerung der hohen Schulden ist daher unverzichtbar.
Gentiloni Schmit Dombrovskis	Eine Arbeitslosenrückversicherung schaffen, um den Druck auf die öffentlichen Finanzen bei wirtschaftlichen Schocks zu verringern.
	 cepBewertung: Die Abfederung eines Schocks kann insbesondere bei Euro-Staaten länger dauern, weil es dem einzelnen Euro-Staat an geldpolitischen Instrumenten mangelt. Dies führt dazu, dass die öffentlichen Haushalte von Euro-Staaten, die von einem Schock getroffen wurden, stärker unter Druck geraten als die Haushalte von Staaten mit eigener Währung. Dennoch ist dies keine Rechtfertigung für die Einführung einer Arbeitslosenrückversicherung. Ganz im Gegenteil: Die Euro-Staaten haben über ausgeglichene öffentliche Haushalte und einen ausreichend niedrigen Schuldenstand zu verfügen, um ihre Ausgaben trotz eines Schocks über längere Zeit konstant halten oder erhöhen zu können, und zwar, ohne dass sie eine Insolvenz befürchten müssen. Darüber hinaus sollten die Euro-Staaten über flexible Arbeitsmärkte verfügen, um Schocks besser abfedern zu können (s. cepAnalyse).
Wirtschaft	
Dombrovskis	Einen Investitionsplan für ein nachhaltiges Europa koordinieren, das im nächsten Jahrzehnt 1 Billion Euro an klimabezogenen Investitionen freisetzen soll. „Teile“ der Europäischen Investitionsbank (EIB) sollen zur „Klimabank“ Europas werden. Die Hälfte ihrer Finanzierungen soll bis 2025 für Klimainvestitionen genutzt werden.
	 cepBewertung: Der Übergang zu einer emissionsärmeren Wirtschaft setzt umfangreiche Investitionen in Forschung und Entwicklung voraus. Dabei sollte jedoch primär auf private Investitionen statt auf Subventionen gesetzt werden. Nicht nur suchen viele private Mittel im derzeitigen Niedrigzinsumfeld eine renditeträchtige Verwendung. Auch sollte das Ausfallrisiko solcher Investitionen nicht vom Steuerzahler getragen werden.

		Der EU-Investitionsplan droht durch eine wahrscheinliche Verknüpfung mit der künftigen EU-Taxonomie für nachhaltiges Wirtschaften zu einem Spielball der industriepolitischen Interessen der Mitgliedstaaten zu werden. Nur in wenigen Einzelfällen, etwa Grundlagenforschung, sind staatliche Subventionen sinnvoll (s. cepAnalyse).
		Gleiche Wettbewerbsbedingungen beim Handel mit Partnerländern schaffen. Die Wettbewerbsfähigkeit und strategische Autonomie Europas in wichtigen Wertschöpfungsketten stärken.
		cepBewertung: Gleiche Wettbewerbsbedingungen sind notwendig, damit alle beteiligten Länder von Freihandelsabkommen profitieren. Die vergangenen Jahre haben gezeigt, dass Länder – auch die USA – Handelspolitik nutzen, um Handelspartner unter Druck zu setzen. Um nicht erpressbar zu sein, muss die EU mehr als bisher mit einer Stimme sprechen. Eine hohe Wettbewerbsfähigkeit Europas trägt dazu bei, gerade in zentralen („strategischen“) Sektoren nicht den Anschluss zu verlieren. Eine lenkende Industriepolitik birgt hingegen die Gefahr von Protektionismus.
		Vorschläge entwickeln zur Sicherstellung der Widerstandsfähigkeit gegenüber extraterritorialen Sanktionen von Drittländern.
		cepBewertung: Die extraterritoriale Wirkung von US-Sanktionen ist Ausdruck der wirtschaftlichen und militärischen Stärke der USA. Auch eine – je nach Politikbereich durchaus sinnvolle – Stärkung der EU-Kapazitäten dürfte daran nur in Einzelfällen etwas ändern.
Dombrovskis ¹		Eine umfassende langfristige Strategie für die industrielle Zukunft Europas entwickeln. Die Strategie soll alle Aspekte umfassen, die sich auf die Industrie und ihre Wettbewerbsfähigkeit auswirken, von Investitionen und öffentlichen Aufträgen bis hin zu Handel, Qualifikationen, Innovation und Unterstützung kleiner und mittlerer Unternehmen.
		cepBewertung: Eine Industriestrategie, die die Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Industrie zum Ziel hat, ist grundsätzlich sachgerecht. Sie darf jedoch keinesfalls die staatliche Formung europäischer nationaler Champions zum Ziel haben, die den Wettbewerb in der EU zu beschränken drohen. Die präferierte Vergabe von öffentlichen Aufträgen an europäische Unternehmen trotz höherer Preise schwächt Reformanreize in diesen Unternehmen und belastet die öffentlichen Haushalte. Es besteht die Gefahr, dass Steuergelder verschwendet werden.
Arbeit und Soziales		
Schmit Dombrovskis		Die Umsetzung der 20 Grundsätze der Europäischen Säule der sozialen Rechte vorantreiben, etwa Chancengleichheit und Arbeitsmarktzugang, faire Arbeitsbedingungen sowie angemessenen und nachhaltigen Sozialschutz.
		cepBewertung: Eine Angleichung sozialer Leistungen im Rahmen der Säule ist nicht sinnvoll, da die traditionellen Strukturen der Sozialsysteme und die Präferenzen der Bürger in den Mitgliedstaaten sehr verschieden sind. Konzepte, die Portabilität der Sozialleistungs- und Fortbildungsansprüche EU-weit verbessern, können dagegen zu positiven Beschäftigungseffekten führen (s. cepAnalyse und ceplnput).

¹ Valdis Dombrovskis und Margrethe Vestager leiten zusammen dieses Projekt, unter Mitwirkung des Binnenmarktkommissars (vgl. dazu auch [cepAdhoc](#) „Arbeitsaufträge an die neue EU-Kommission – Teil 3: Ein Europa für das digitale Zeitalter“).

	<p>Einen Europäischen Mindestlohn einführen, um faire Löhne zu garantieren.</p>  <p>cepBewertung: Staatliche Eingriffe in die Lohnbildung können zu Löhnen oberhalb der Produktivität mancher Arbeitnehmer führen. In diesem Fall wird die Arbeitslosigkeit steigen. Insbesondere drohen Mindestlohnvorschriften, den ärmeren Mitgliedstaaten im Süd und Osten Europas zu schaden, weil das Lohnniveau für sie in vielen grenzüberschreitend aktiven Branchen ein zentraler Wettbewerbsfaktor ist (s cepAnalyse).</p>
	<p>Die Arbeitsbedingungen für Plattform-Arbeiter verbessern.</p>  <p>cepBewertung: Transparente und verlässliche Arbeitsbedingungen erhöhen die Rechtsicherheit der Plattform-Arbeiter. Dennoch müssen Vorschriften die Besonderheiten der Mobilität und Flexibilität des Online-Arbeitens berücksichtigen und dürfen keinen unverhältnismäßigen Mehraufwand für Plattform-Arbeiter und Arbeitgeber darstellen. Daher sind vor irgendwelchen regulatorischen Maßnahmen umfassende Informationen über die Besonderheiten bei dieser Art der Beschäftigung und deren zukünftige Entwicklung notwendig.</p>
Handel	
Hogan Dombrovskis	<p>Die Reform der Welthandelsorganisation vorantreiben und sich für ein regelbasiertes, multilaterales Handelsregime einsetzen.</p>
	 <p>cepBewertung: Ein freier Handel entfaltet umso stärker wohlstandssteigernde Wirkungen, je mehr Länder sich auf ihn verständigen und die vereinbarten Regeln einhalten. Vereinbarungen im Rahmen der Welthandelsorganisation sind dafür der richtige Weg, wenngleich die Erfolgsaussichten gering sind.</p>
	<p>Eine positive und ausgewogene Handelsbeziehung mit den USA ausarbeiten, zum Vorteil der EU und der USA. Verhandlungen mit China über ein umfassendes Investitionsabkommen intensivieren.</p>
	 <p>cepBewertung: Handelsabkommen zwischen der EU einerseits und den USA und China andererseits erhöhen – bei allen möglichen Umverteilungseffekten – den gesamtwirtschaftlichen Wohlstand in den beteiligten Ländern.</p>
	<p>Zusammen mit dem neuen Chief Enforcement Officer, der für die Durchsetzung der EU-Handelsverträge zuständig ist, sicherstellen, dass die „Klauseln zu Klima, Umwelt und Arbeitsbedingungen“ in den EU-Handelsverträgen der EU mit Drittstaaten dort durchgesetzt werden. Nulltoleranz für Kinderarbeit.</p>
 <p>cepBewertung: Die EU-Handelspolitik sollte einen möglichst freien Handel anstreben. Die Hereinnahme fremder Ziele in die Handelspolitik kann durchaus gerechtfertigt sein, sollte aber nicht für protektionistische Zwecke missbraucht werden oder dazu führen, dass Dritte-Welt-Länder aus dem europäischen Markt verdrängt werden, weil sie aufgrund strenger Standards bei gleichzeitig schlechterer Produktivität gegenüber ihren europäischen Konkurrenten nicht mehr wettbewerbsfähig sind.</p>	